

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 14

München, den 24. Juni

1982

Datum	Inhalt	Seite
25. 5. 1982	Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und des Sprengwesens (ArbSprV)	289

Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und des Sprengwesens (ArbSprV)

Vom 25. Mai 1982

Es erlassen auf Grund

1. des Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit zum Vollzug von Vorschriften auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes vom 23. Juli 1976 (GVBl S. 294),
- des § 51 Abs. 1 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. April 1976 (BGBl I S. 965),
- des § 4 Abs. 1 des Fahrpersonalgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 1976 (BGBl I S. 3045),
- des § 10 Abs. 1 Satz 2, § 11 Abs. 1, § 12 Abs. 2 Satz 3, § 14 Abs. 1 Satz 3, § 15 Satz 2, § 16 Abs. 1 Satz 2, § 22 Abs. 1 Halbsatz 2 und § 28 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Juli 1976 (BGBl I S. 1773),
- des § 27 Abs. 4 Satz 2 der Arbeitszeitordnung in der Fassung vom 30. April 1938 (RGBl I S. 447), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685),
- der Nummer 47 Satz 4 der Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung vom 12. Dezember 1938 (RGBl I S. 1799), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967),
- des § 4 Abs. 2 Satz 3 und des § 10 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 29. Juni 1936 (RGBl I S. 521), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 1976 (BGBl I S. 1801),
- des § 8 der Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 13. Februar 1924 (RGBl I S. 66, ber. 154), zuletzt geändert durch

Art. 241 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl I S. 469),

des § 36 Abs. 1 des Sprengstoffgesetzes (SprengG) vom 13. September 1976 (BGBl I S. 2737),

des Art. 6 des Energierechtvollzugsgesetzes (EnR-VollzG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 1976 (GVBl S. 27), geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 1981 (GVBl S. 500),

die

Bayerische Staatsregierung

2. des § 7 der Zuständigkeitsbestimmungsverordnung vom 7. November 1975 (GVBl S. 353),

des § 155 Abs. 2 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 2 der Ersten Verordnung zur Durchführung der Gewerbeordnung (1. GewV) vom 30. September 1974 (GVBl S. 505), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. Januar 1982 (GVBl S. 11),

des § 4 der Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten,

das

Bayerische Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung

3. des § 155 Abs. 2 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 1 Nr. 1 der 1. GewV

das

Bayerische Staatsministerium
für Wirtschaft und Verkehr

folgende Verordnung:

§ 1

(1) ¹Die Zuständigkeit für den Vollzug von Vorschriften des Arbeitsschutz- und Sprengstoffrechts (Art. 74 Nrn. 4a und 12 des Grundgesetzes) ergibt sich aus der **Anlage**, die Bestandteil dieser Verordnung ist. ²Zuständigkeiten auf Grund anderer Rechtsvorschriften werden durch diese Verordnung nicht berührt. ³Soweit in der Anlage zu dieser Verordnung oder in anderen Rechtsvorschriften keine Zuständigkeitsregelung getroffen ist, sind für den Vollzug von Vorschriften des Arbeitsschutz- und Sprengstoffrechts die Gewerbeaufsichtsämter zuständig.

(2) ¹In Betrieben und Anlagen, die der Bergaufsicht unterliegen, tritt

1. das Bergamt an die Stelle des Gewerbeaufsichtsamtes und
2. das Oberbergamt an die Stelle des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, soweit es sich nicht um die Erteilung von Bauartzulassungen, allgemeinen Ausnahmen für Hersteller oder Einführer sowie die Anerkennung von technischen Überwachungsorganisationen und deren Sachverständigen handelt.

²Das Bergamt tritt ferner an die Stelle des Gewerbeaufsichtsamtes bei überwachungsbedürftigen Anlagen nach § 24 der Gewerbeordnung, die Teil einer der öffentlichen Versorgung dienenden Gashochdruckleitung im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung über Gashochdruckleitungen sind.

(3) Absatz 2 Satz 1 gilt auch für Hohlraumbauten im Sinne des § 130 des Bundesberggesetzes, die wegen ihres geringen Querschnitts nicht der Bergaufsicht unterliegen, sowie für Wiederherstellungs- und Sanierungsarbeiten und die Abfallbeseitigung in unterirdischen Hohlräumen.

(4) ¹Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung und das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr können gemeinsam bestimmen, daß für einzelne der Gewerbeaufsicht unterstehende Betriebsstätten, die im räumlichen oder betrieblichen Zusammenhang mit Betriebsstätten geführt werden, die der Bergaufsicht unterstehen, das Bergamt zuständig ist, soweit dies zur Vereinheitlichung der Aufsicht geboten ist. ²Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn das Schwergewicht der betrieblichen Tätigkeit bei der der Bergaufsicht unterstehenden Betriebsstätte liegt.

(5) Verwaltungsaufgaben, die durch Bundesrecht den staatlichen Gewerbeärzten übertragen sind, wer-

den vom Bayerischen Landesinstitut für Arbeitsmedizin wahrgenommen.

§ 2

Folgende Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach dem Gesetz über den Ladenschluß werden auf die nachgenannten Behörden übertragen:

1. die Ermächtigung zur Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage und zur Festsetzung verlängerter Öffnungszeiten nach § 10 Abs. 1 Satz 1 auf die Regierungen,
2. die Ermächtigung zur Zulassung eines erweiterten Geschäftsverkehrs in ländlichen Gebieten nach § 11 Abs. 1 auf die Kreisverwaltungsbehörden,
3. die Ermächtigung zur Festsetzung der Lage der zugelassenen Öffnungszeiten nach § 12 Abs. 2 Satz 3, soweit es sich um die Abgabe von Zeitungen handelt, auf die Regierungen, im übrigen auf die Kreisverwaltungsbehörden,
4. die Ermächtigung zur Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage nach § 14 Abs. 1 Satz 3 auf die Gemeinden,
5. die Ermächtigung zur Festsetzung der Öffnungszeiten nach § 15 Satz 2 auf die Kreisverwaltungsbehörden,
6. die Ermächtigung zur Freigabe von Tagen mit verlängerten Öffnungszeiten nach § 16 Abs. 1 Satz 2 auf die Gemeinden.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1982 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und des Sprengwesens vom 21. Oktober 1980 (GVBl S. 535) außer Kraft.

München, den 25. Mai 1982

Der Bayerische Ministerpräsident
Franz Josef Strauß

**Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung**
Dr. Fritz Pirkel, Staatsminister

**Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft und Verkehr**
I. V. von Waldenfels, Staatssekretär

Anlage

zur Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und des Sprengwesens

I.Übersicht zum nachfolgenden Verzeichnis

- | | |
|---|--|
| <p>1. Gewerbeordnung</p> <p>2. Verordnungen auf Grund des § 24 der Gewerbeordnung</p> <p>2.1 Verordnung über elektrische Anlagen in explosionsgefährdeten Räumen</p> <p>2.2 Dampfkesselverordnung</p> <p>2.3 Acetylenverordnung</p> <p>2.4 Verordnung über brennbare Flüssigkeiten</p> <p>2.5 Aufzugsverordnung</p> <p>2.6 Verordnung über Gashochdruckleitungen</p> <p>2.7 Druckbehälterverordnung</p> <p>2.8 Energiewirtschaftsgesetz</p> <p>3. Arbeitsschutzvorschriften auf Grund der Gewerbeordnung (ohne Verordnungen auf Grund des § 24)</p> <p>3.1 Vorschriften auf Grund des § 105d der Gewerbeordnung</p> <p>3.1.1 Bekanntmachung betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe</p> <p>3.1.2 Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Papierindustrie</p> <p>3.1.3 Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie</p> <p>3.2 Arbeitsstättenverordnung</p> <p>3.3 Druckluftverordnung</p> <p>3.4 Verordnung über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeiten im Freien in der Zeit vom 1. November bis 31. März</p> <p>4. Arbeitszeit- und Ladenschlußrecht</p> <p>4.1 Arbeitszeitordnung</p> <p>4.2 Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung</p> <p>4.3 Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten</p> <p>4.4 Gesetz über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien</p> <p>4.5 Verordnung zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 543/69</p> <p>4.6 Fahrpersonalgesetz</p> <p>4.7 Ladenschlußgesetz</p> <p>4.8 Verordnung über die Ladenschlußzeiten für die Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen der nicht-bundeseigenen Eisenbahnen</p> <p>5. Jugendarbeits- und Mutterschutzrecht</p> <p>5.1 Jugendarbeitsschutzgesetz</p> <p>5.2 Verordnung über das Verbot der Beschäftigung von Personen unter 18 Jahren mit sittlich gefährdenden Tätigkeiten</p> <p>5.3 Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz</p> <p>5.4 Mutterschutzgesetz</p> | <p>6. Sonstiges Arbeitsschutzrecht</p> <p>6.1 Reichsversicherungsordnung und Verordnungen auf Grund der Reichsversicherungsordnung</p> <p>6.1.1 Reichsversicherungsordnung</p> <p>6.1.2 Berufskrankheitenverordnung</p> <p>6.2 Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit</p> <p>6.3 Sicherheitsfilmgesetz</p> <p>6.4 Arbeitsstoffrecht</p> <p>6.4.1 Chemikaliengesetz</p> <p>6.4.2 Arbeitsstoffverordnung</p> <p>6.4.3 Erste Verordnung zur Änderung der Arbeitsstoffverordnung</p> <p>6.5 Gerätesicherheitsgesetz</p> <p>6.6 Heimarbeitsgesetz</p> <p>6.6.1 Bestimmungen über Heimarbeit in der Tabakindustrie</p> <p>7. Sprengstoffrecht</p> <p>7.1 Sprengstoffgesetz</p> <p>7.2 Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz</p> <p>7.3 Zweite Verordnung zum Sprengstoffgesetz</p> <p>7.4 Dritte Verordnung zum Sprengstoffgesetz</p> |
|---|--|

II.Erläuterungen zum nachfolgenden Verzeichnis

1. Im Verzeichnis werden nachfolgende Abkürzungen verwendet:

GAA	Gewerbeaufsichtsamt
BA	Bergamt
Gde	Gemeinde
KV	Kreisverwaltungsbehörde
Pol	Polizei
LAM	Landesinstitut für Arbeitsmedizin
LAS	Landesinstitut für Arbeitsschutz
Reg	Regierung
OBA	Oberbergamt
StMAS	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung
StMI	Staatsministerium des Innern
StMUK	Staatsministerium für Unterricht und Kultus

2. Soweit in der letzten Spalte des Verzeichnisses mehrere Behörden erwähnt sind und keine anderweitige ausdrückliche Regelung getroffen worden ist, handelt es sich bei der Verwendung

- eines Schrägstriches um eine alternative Zuständigkeit und
- eines Strichpunktes um eine Doppelzuständigkeit.

Verzeichnis

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
1.	Gewerbeordnung		
1.1	§ 24a	Anordnung der erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der durch Rechtsverordnung nach § 24 auferlegten Pflichten	Soweit sich die Bestimmung nicht auf Anlagen im Sinne des § 24 Abs. 3 Nr. 7 der Gewerbeordnung bezieht: GAA
1.2	§ 24d	Aufsicht über die Ausführung der nach § 24 Abs. 1 erlassenen Rechtsverordnungen	wie Nummer 1.1
1.3	§ 25 Abs. 1	Anordnung der Stilllegung oder Beseitigung einer Anlage	wie Nummer 1.1
1.4	§ 25 Abs. 2	Betriebsuntersagung bei Nichtbeachtung von Anordnungen	wie Nummer 1.1
1.5	§ 51 Abs. 1	Untersagung der Benutzung gewerblicher Anlagen wegen überwiegender Nachteile oder Gefahren für das Gemeinwohl	Soweit sich die Bestimmung bezieht auf <ul style="list-style-type: none"> a) Anlagen nach § 9 Abs. 1 Nrn. 4 und 5 der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten, b) Anlagen nach § 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 der Acetylenverordnung, soweit sie den Bereich eines Werksgeländes überschreiten, c) Anlagen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung über Gashochdruckleitungen: StMAS d) Sonstige Anlagen nach § 24 Abs. 3 Nrn. 2 bis 6, 8 bis 10 der Gewerbeordnung, soweit sie nicht zu den Anlagen nach den Buchstaben a bis c gehören: KV e) Anlagen nach § 24 Abs. 3 Nr. 1 der Gewerbeordnung: GAA Die Entscheidungen nach Buchstaben a bis c ergehen im Einvernehmen mit dem StMI, soweit sie Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe im Sinne des § 19a des Wasserhaushaltsgesetzes betreffen.
1.6	§ 105b Abs. 2 Satz 2	Zulassung der Beschäftigung im Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen	GAA
1.7	§ 105b Abs. 3	Zulassung der Beschäftigung für das Speditions- und Schiffsmaklergewerbe sowie für andere Gewerbebetriebe an Sonn- und Feiertagen, soweit es sich um Abfertigung und Expedition von Gütern handelt	GAA

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
1.8	§ 105b Abs. 4	Zulassung der Beschäftigung im Geschäftsbetrieb von Konsum- und anderen Vereinen an Sonn- und Feiertagen	GAA
1.9	§ 105b Abs. 5	Zulassung von Sonn- und Feiertagsarbeit für Angestellte im Sinne der Arbeitszeitordnung	GAA
1.10	§ 105c Abs. 2 Satz 2	Anordnung der Vorlage des Verzeichnisses über die Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen	GAA
1.11	§ 105c Abs. 4	Gestattung von Ausnahmen von § 105c Abs. 3	GAA
1.12	§ 105e Abs. 1	Zulassung weiterer Ausnahmen von § 105b	GAA/ StMAS , soweit die Verfügung für Betriebe in Aufsichtsbezirken mehrerer Gewerbeaufsichtsämter erlassen wird
1.13	§ 105f	Zulassung befristeter Ausnahmen von § 105b	GAA
1.14	§ 105j	Anordnung der erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der §§ 105b und 105c sowie der durch Rechtsverordnung nach §§ 105d, 105e und 105g auferlegten Pflichten	GAA
1.15	§ 120d	Erlaß von Verfügungen zur Durchführung	
1.15.1	Absatz 1	a) der §§ 120a und 120b	GAA
1.15.2	Absatz 4	b) des § 120c und der auf § 120e Abs. 3 gestützten Rechtsverordnungen	GAA
1.16	§ 120f	Anordnung der erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der durch Rechtsverordnung nach § 120e auferlegten Pflichten	
1.16.1		bei Rechtsverordnungen nach § 120e Abs. 1	GAA
1.16.2		bei Rechtsverordnungen nach § 120e Abs. 3	GAA
1.17	§ 139b	Aufsicht	
1.17.1	Absatz 1	a) Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen des § 105b Abs. 1, der §§ 105c bis 105h und der §§ 120a, 120b, 120d und 120e Abs. 1 und 2	GAA; LAM (Die in § 139b Abs. 1 genannten Befugnisse dürfen nur von Bediensteten ausgeübt werden, die hierzu vom StMAS unter Aushändigung eines entsprechenden Ausweises ermächtigt worden sind.)
1.17.2	Absatz 6	b) Betreten und Besichtigung der Unterkünfte	GAA; LAM
1.18	§ 139g Abs. 1	Erlaß von Verfügungen	
1.18.1	Satz 1 und 2	a) die zur Durchführung der Pflichten aus § 62 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches erforderlich erscheinen	GAA
1.18.2	Satz 3	b) die zur Durchführung des § 120c Abs. 1 bis 3 erforderlich erscheinen	GAA

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
1.19	§ 139g Abs. 2	Aufsicht gegenüber Betrieben des Handelsgewerbes	
1.19.1		a) Ausübung der Befugnisse aus § 139b Abs. 1	GAA; LAM (Die in § 139b Abs. 1 genannten Befugnisse dürfen nur von Bediensteten ausgeübt werden, die hierzu vom StMAS unter Aushändigung eines entsprechenden Ausweises ermächtigt worden sind.)
1.19.2		b) Ausübung der Befugnisse aus § 139b Abs. 6	GAA; LAM
1.20	§ 139i	Anordnung der erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der durch Rechtsverordnung nach § 139h auferlegten Pflichten:	
1.20.1		a) bei Rechtsverordnungen nach § 139h Abs. 1	GAA
1.20.2		b) bei Rechtsverordnungen nach § 139h Abs. 3	GAA
2.	Verordnungen auf Grund des § 24 der Gewerbeordnung		
2.1	Verordnung über elektrische Anlagen in explosionsgefährdeten Räumen (ElexV) vom 27. Februar 1980 (BGBl I S. 214)		
2.1.1	§ 4	Anordnung weitergehender Anforderungen	GAA
2.1.2	§ 5 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen im Einzelfall	GAA
2.1.3	§ 5 Abs. 2	Zulassung von allgemeinen Ausnahmen	StMAS
2.1.4	§ 9 Abs. 4	Entscheidung über das Vorliegen der Anforderungen der Verordnung	GAA
2.1.5	§ 12 Abs. 3	Verlangen, ein Betriebsbuch zu führen	GAA
2.1.6	§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2	Anerkennung von Sachverständigen eines Unternehmens	StMAS
2.2	Dampfkesselverordnung (DampfkV) vom 27. Februar 1980 (BGBl I S. 173)		
2.2.1	§ 7	Anordnung weitergehender Anforderungen	GAA
2.2.2	§ 8 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen im Einzelfall	GAA
2.2.3	§ 8 Abs. 2	Zulassung von allgemeinen Ausnahmen	StMAS
2.2.4	§ 10 Abs. 1	Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Dampfkesselanlage	GAA

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
2.2.5	§ 14 Abs. 2	Zulassung der Bauart von Dampfkesselanlagen oder von Teilen	StMAS
2.2.6	§ 24 Abs. 3	Zustimmung zur Wahl einer Prüfstelle	StMAS
2.2.7	§ 24 Abs. 4	Anerkennung ausländischer technischer Überwachungsorganisationen	StMAS
2.2.8	§ 27	Zulassung von Kesselsteinlöse- und Kesselsteingegenmitteln	StMAS
2.2.9	§ 2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Dampfkesselverordnung vom 27. Februar 1980 (BAz Nr. 43 vom 1. März 1980)	Aufgaben der Bestimmungsverwaltung	StMAS
2.3	Acetylenverordnung (AcetV) vom 27. Februar 1980 (BGBl I S. 220)		
2.3.1	§ 4	Anordnung weitergehender Anforderungen	GAA/ StMAS , soweit es sich um Acetylenleitungen handelt, die den Aufsichtsbezirk eines GAA überschreiten. Es entscheiden das StMAS im Einvernehmen mit dem StMI und das GAA im Einvernehmen mit der KV.
2.3.2	§ 5 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen im Einzelfall	wie Nummer 2.3.1
2.3.3	§ 5 Abs. 2	Zulassung von allgemeinen Ausnahmen	StMAS
2.3.4	§ 7 Abs. 1	Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Acetylenanlage	wie Nummer 2.3.1
2.3.5	§ 10 Abs. 2	Zulassung der Bauart von Acetylenanlagen oder von Teilen	StMAS
2.3.6	§ 12 Abs. 5	Festsetzung von Prüffristen	wie Nummer 2.3.1
2.3.7	§ 18 Abs. 2	Anerkennung von Sachverständigen oder Sachkundigen eines Unternehmens	StMAS
2.3.8	§ 18 Abs. 5	Anerkennung ausländischer technischer Überwachungsorganisationen	StMAS
2.3.9	§ 19	Verlangen eines Nachweises der Sachkunde	GAA
2.3.10	§ 21 Abs. 1	Zulassung von Mitteln und Verfahren zum Reinigen oder Trocknen von Acetylen	StMAS
2.3.11	§ 29 Abs. 2	Anforderungen an bestehende Acetylenanlagen oder Carbidlager	wie Nummer 2.3.1

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
2.4	Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (VbF) vom 27. Februar 1980 (BGBl I S. 229), geändert durch Verordnung vom 3. Mai 1982 (BGBl I S. 569)		
2.4.1	§ 5	Anordnung weitergehender Anforderungen	bei Anlagen nach § 9 Abs. 1 wie Nummer 2.4.4, im übrigen GAA . Das GAA entscheidet im Einvernehmen mit der KV , soweit das Wasserrecht berührt wird. Das StMAS kann seine Anordnungsbefugnis auf ein GAA übertragen.
2.4.2	§ 6 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen im Einzelfall	wie Nummer 2.4.1
2.4.3	§ 6 Abs. 2	Zulassung von allgemeinen Ausnahmen	StMAS
2.4.4	§ 9 Abs. 3	Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb a) von Anlagen nach § 9 Abs. 1 Nrn. 1, 2, 3 und 6 b) von Anlagen nach § 9 Abs. 1 Nr. 4	GAA im Einvernehmen mit der KV GAA/ StMAS , soweit es sich um Verbindungsleitungen handelt, die den Aufsichtsbezirk eines GAA überschreiten. Es entscheiden das StMAS im Einvernehmen mit dem StMI und das GAA im Einvernehmen mit der KV , soweit es sich um Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe im Sinne des § 19a des Wasserhaushaltsgesetzes handelt.
		c) von Anlagen nach § 9 Abs. 1 Nr. 5	StMAS Die Entscheidung ergeht im Einvernehmen mit dem StMI .
2.4.5	§ 12 Abs. 2	Zulassung der Bauart von Anlagen oder Anlageteilen	StMAS
2.4.6	§ 12 Abs. 10	Erteilung der Bescheinigung	StMAS
2.4.7	§ 16 Abs. 1 Nr. 2	Anerkennung von Sachverständigen eines Unternehmens	StMAS
2.4.8	§ 16 Abs. 2	Anerkennung von sachverständigen Werksingenieuren	StMAS
2.4.9	§ 19 Abs. 2	Entscheidung über den ordnungsmäßigen Zustand der Anlage	wie Nummer 2.4.1
2.4.10	§ 26 Abs. 4 Satz 2	Entgegennahme der Anzeige	GAA
2.4.11	§ 26 Abs. 4 Satz 4	Anordnung im Einzelfall	wie Nummer 2.4.1

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
2.5	Aufzugsverordnung (AufzV) vom 27. Februar 1980 (BGBl I S. 205)		
2.5.1	§ 4	Anordnung weitergehender Anforderungen	GAA
2.5.2	§ 5 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen im Einzelfall	GAA
2.5.3	§ 5 Abs. 2	Zulassung von allgemeinen Ausnahmen	StMAS
2.5.4	§ 8 Abs. 1	Erlaubnis zum Betrieb von Mühlen-, Lagerhaus- und Behindertenaufzügen	GAA
2.5.5	§ 9 Abs. 5	Entscheidung über den ordnungsmäßigen Zustand der Anlage	GAA
2.5.6	§ 25 Abs. 1	Anforderungen an Altanlagen	GAA
2.6	Verordnung über Gashochdruckleitungen vom 17. Dezember 1974 (BGBl I S. 3591) hinsichtlich der nicht der öffentlichen Versorgung dienenden Gashochdruckleitungen		
2.6.1		Abweichung von den allgemeinen Anforderungen	
2.6.1.1	§ 3 Abs. 2 Satz 1	Zulassung von Ausnahmen	GAA Das GAA entscheidet im Einvernehmen mit der KV, soweit es sich um das Befördern wassergefährdender Stoffe im Sinne des § 19a des Wasserhaushaltsgesetzes handelt. Soweit sich die Bestimmung auf Gashochdruckleitungen bezieht, die den Aufsichtsbezirk eines GAA überschreiten, kann das StMAS ein GAA als gemeinsame zuständige Behörde bestimmen.
2.6.1.2	§ 4	Anordnung weitergehender Anforderungen	GAA Soweit sich die Bestimmung auf Gashochdruckleitungen bezieht, die den Aufsichtsbezirk eines GAA überschreiten, kann das StMAS ein GAA als gemeinsame zuständige Behörde bestimmen.
2.6.2	§ 5	Anzeige und Beanstandung von Leitungsvorhaben	
2.6.2.1	Absatz 1 Nr. 1	Entgegennahme der Anzeige	GAA/ StMAS , soweit sich die Bestimmung auf Gashochdruckleitungen bezieht, die den Aufsichtsbezirk eines GAA überschreiten.

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
2.6.2.2	Absatz 2	Beanstandung des Vorhabens	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.3	§ 6	Inbetriebnahme, Untersagung	
2.6.3.1	Absatz 2 Satz 1	Festsetzung der Frist für die abschließende Prüfung	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.3.2	Absatz 3	Entgegennahme der Vorab- und Schlußbescheinigung	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.3.3	Absatz 4	Untersagung des Betriebs der Gashochdruckleitung	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.4		Überwachung des Betriebes und der Betriebseinstellung	
2.6.4.1	§ 8 Abs. 2	Verlangen von Auskünften und Betreten von Betriebsräumen und -grundstücken	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.4.2	§ 8 Abs. 3	Anordnung von Überwachungsmaßnahmen im Einzelfall	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.4.3	§ 9 Abs. 2 Satz 1	Entgegennahme von Stilllegungsanzeigen	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.4.4	§ 9 Abs. 2 Satz 2	Entgegennahme von Anzeigen des Sachverständigen über eine erforderliche Stilllegung	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.5	§ 10	Prüfung von Gashochdruckleitungen	
2.6.5.1	Absatz 1	Anordnung von Überprüfungen aus besonderem Anlaß	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.5.2	Absatz 2	Anordnung von wiederkehrenden Prüfungen	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.5.3	Absatz 3	Auswahl des für die Prüfungen geeigneten Sachverständigen	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.6	§ 11	Unfallanzeige, Schadensfälle	
2.6.6.1	Absatz 1	Entgegennahme von Anzeigen	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.6.2	Absatz 2	Verlangen von Auskünften	wie Nummer 2.6.1.2
2.6.7	§ 12 Abs. 2 Nr. 2	Anerkennung von technischen Überwachungsorganisationen	StMAS
2.6.8	§ 15	Anforderungen an bestehende Gashochdruckleitungen	wie Nummer 2.6.1.2
2.7	Druckbehälterverordnung (DruckbehV) vom 27. Februar 1980 (BGBl I S. 184)		
2.7.1	§ 5	Anordnung weitergehender Anforderungen	GAA
2.7.2	§ 6 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen im Einzelfall	GAA
2.7.3	§ 6 Abs. 2	Zulassung von allgemeinen Ausnahmen	StMAS
2.7.4	§ 9 Abs. 7	Entscheidung über den ordnungsmäßigen Zustand des Druckbehälters	GAA
2.7.5	§ 10 Abs. 11	Entscheidung über den ordnungsmäßigen Zustand des Druckbehälters	GAA
2.7.6	§ 16 Abs. 3	Entscheidung über den ordnungsmäßigen Zustand des Druckgasbehälters	GAA

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
2.7.7	§ 18 Abs. 5	Verlängerung von Fristen für wiederkehrende Prüfungen	GAA
2.7.8	§ 21 Abs. 2 Satz 2	Zulassung von Ausnahmen	GAA
2.7.9	§ 22 Abs. 2	Zulassung der Bauart von Druckgasbehältern	StMAS
2.7.10	§ 22 Abs. 8	Zulassung von porösen Massen und Lösungsmitteln	StMAS
2.7.11	§ 24 Abs. 1	Entgegennahme von Anzeigen	GAA
2.7.12	§ 26 Abs. 1	Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Füllanlage	GAA
2.7.13	§ 28 Abs. 2	Anordnung wiederkehrender Prüfungen	GAA
2.7.14	§ 28 Abs. 3	Verzicht auf die Prüfung vor der Inbetriebnahme	GAA
2.7.15	§ 31 Abs. 1 Nr. 3	Anerkennung von Sachverständigen eines Unternehmens	StMAS
2.7.16	§ 31 Abs. 6	Zustimmung zur Wahl einer Prüfstelle	StMAS
2.7.17	§ 31 Abs. 7	Anerkennung ausländischer technischer Überwachungsorganisationen	StMAS
2.7.18	§ 32	Prüfung des Sachkundennachweises	GAA
2.7.19	§ 37 Abs. 2 Satz 2	Rücknahme oder Widerruf der Ermächtigung	StMAS
2.7.20	§ 3 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Druckbehälterverordnung vom 27. Februar 1980 (BAnz Nr. 43 vom 1. März 1980)	Aufgaben der Bestimmungsverwaltung	StMAS
2.8	Energiewirtschaftsgesetz vom 13. Dezember 1935 (RGBl I S. 1451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1977 (BGBl I S. 2750), soweit die Druckbehälterverordnung in Betracht kommt		
2.8.1	§ 1 Abs. 2	Aufsicht über die Ausführung der Druckbehälterverordnung	GAA
2.8.2	§ 13 Abs. 2	Anordnungen über die technische Beschaffenheit, die Betriebssicherheit, die Installation von Energieanlagen und Energieverbrauchsgeschäften sowie deren Überwachung	GAA
2.8.3	§ 15 Abs. 1	Festsetzung von Zwangsgeld und Anwendung unmittelbaren Zwangs	GAA

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
3.	Arbeitsschutzvorschriften auf Grund der Gewerbeordnung (ohne Verordnungen auf Grund des § 24)		
3.1	Vorschriften auf Grund des § 105d der Gewerbeordnung		
3.1.1	Bekanntmachung betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe vom 5. Februar 1895 (BGBl III 7107—3)		
3.1.1.1	Nummer I Abs. 2 Tabelle A Nrn. 3 und 5 B Nrn. 2 und 3 C Nr. 3 D Nrn. 25, 30, 33 und 38 E Nrn. 2, 4, 5, 6 und 9 F Nr. 3 G Nr. 6 H Nr. 1	Gestattung von Ausnahmen von Ruhezeitvorschriften	GAA
3.1.1.2	Tabelle A Nrn. 3 und 5 D Nr. 25	Festsetzung der Zeiten für das Entladen und Verschieben von Eisenbahnwagen	GAA
3.1.1.3	Tabelle H Nrn. 1 bis 8	Festsetzung der zur Beschäftigung von Arbeitnehmern zugelassenen Sonn- und Feiertage und Entgegennahme der Anzeige über diese Tage	GAA
3.1.2	Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Papierindustrie vom 20. Juli 1963 (BGBl I S. 491)		
3.1.2.1	§ 7 Abs. 1	Entgegennahme der Anzeige über Sonntagsbeschäftigung	GAA
3.1.2.2	§ 8 Abs. 2 Satz 1	Anordnung über die Vorlage oder Einsendung des Verzeichnisses über Sonntagsbeschäftigung	GAA
3.1.3	Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie in der Fassung vom 31. Juli 1968 (BGBl I S. 885)		
3.1.3.1	§ 6 Abs. 1	Entgegennahme der Anzeige über Sonntagsbeschäftigung	GAA
3.1.3.2	§ 7 Abs. 2 Satz 1	Anordnung über die Vorlage oder Einsendung des Verzeichnisses über Sonntagsbeschäftigung	GAA

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
3.2	Arbeitsstättenverordnung vom 20. März 1975 (BGBl I S. 729), geändert durch Verordnung vom 2. Januar 1982 (BGBl I S. 1)		
3.2.1	§ 4 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen	GAA
3.2.2	§ 4 Abs. 2 Satz 2	Verlangen des Nachweises der Wirksamkeit einer Maßnahme	GAA
3.2.3	§ 56 Abs. 2	Verlangen von Änderungen	GAA
3.3	Druckluftverordnung vom 4. Oktober 1972 (BGBl I S. 1909), geändert durch Gesetz vom 12. April 1976 (BGBl I S. 965)		
3.3.1	§ 3 Abs. 1 und 3	Entgegennahme von Anzeigen	GAA
3.3.2	§§ 5, 17 Abs. 2 Satz 2	Anordnung weitergehender Anforderungen	GAA
3.3.3	§§ 6, 12 Abs. 1 Satz 3, § 17 Abs. 2 Satz 2	Zulassung von Ausnahmen	GAA
3.3.4	§ 7 Abs. 1, § 17 Abs. 3	Anerkennung von Sachverständigen	StMAS
3.3.5	§ 7 Abs. 4	Anordnung außerordentlicher Prüfungen	GAA
3.3.6	§ 8 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2, § 17 Abs. 3 Satz 3	Entscheidung darüber, ob die Voraussetzungen der Verordnung vorliegen; Veranlassung der für diese Entscheidung notwendigen Prüfungen	GAA
3.3.7	§§ 13, 15 Abs. 1 und 2	Ermächtigung von Ärzten; Entscheidung darüber, ob der Arbeitnehmer weiterbeschäftigt werden darf, und Veranlassung des für diese Entscheidung notwendigen Gutachtens	LAM
3.3.8	§ 16 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 Satz 2	Verlangen der Vorlage der Gesundheitskartei als Amtsarzt im Sinne des § 16 Abs. 1 Satz 2; Entgegennahme und Aufbewahrung der Karteikarten	LAM
3.3.9	§ 18 Abs. 2	Erteilung des Befähigungsscheines	GAA
3.4	Verordnung über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeiten im Freien in der Zeit vom 1. November bis 31. März vom 1. August 1968 (BGBl I S. 901), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. März 1975 (BGBl I S. 729)		
3.4.1	§ 2 Abs. 4	Zulassung von Ausnahmen bei Beschäftigung im Freien	GAA

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
3.4.2	§ 2 Abs. 5 Satz 2	Anerkennung von Prüfzeichen und Prüfstellen	StMAS
4.	Arbeitszeit- und Ladenschlußrecht		
4.1	Arbeitszeitordnung in der Fassung vom 30. April 1938 (RGBl I S. 447), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685)		
4.1.1	§ 20 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen	StMAS
4.1.2	§ 27 Abs. 1	Aufsicht über die Ausführung der Arbeitszeitordnung und der auf Grund der Arbeitszeitordnung erlassenen Bestimmungen	GAA; LAM
4.1.3	§ 27 Abs. 4	Wahrnehmung von Befugnissen für den Bereich mehrerer Ämter	StMAS
4.2	Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung vom 12. Dezember 1938 (RGBl I S. 1799), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967)		
4.2.1	Nummer 47 Satz 3	Bestimmung der Bade- und Ausflugsorte sowie der Saisonzzeiten	KV
4.2.2	Nummer 54 Abs. 2	Aufforderung zur Vorlage der Arbeitszeitznachweise	GAA
4.3	Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 13. Februar 1924 (RGBl I S. 66), geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl I S. 469)		
4.3.1	§ 1 Abs. 3 Satz 2	Bestimmung der Arbeiten, die als pflegerische Tätigkeit anzusehen sind oder sonst unmittelbar der Versorgung der Kranken dienen	Für die staatlichen Versorgungs- krankenanstalten, Versorgungs- kuranstalten und sonstige dem StMAS unter- stehende Anstalten: StMAS , für die Kliniken der Univer- sität München, Erlangen- Nürnberg und Würzburg, der Technischen Universität München, für die Orthopä- dische Klinik München, die Staatliche Frauenklinik und Hebammenschule Bamberg und sonstige dem StMUK unterstehende Kliniken: StMUK im übrigen: Reg

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
4.3.2	§§ 2, 4 Abs. 1 und 2	Aufgaben der obersten Landesbehörde	StMAS
4.3.3	§ 4 Abs. 1	Aufsicht über die Durchführung der Verordnung	Für die dem StMUK unterstehenden Kliniken: StMUK , im übrigen: GAA; LAM
4.4	Gesetz über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 29. Juni 1936 (RGBl I S. 521), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 1976 (BGBl I S. 1801)		
4.4.1	§ 4 Abs. 2 Satz 2	Zulassung von Arbeitszeitverlängerung, soweit der Aufsichtsbezirk mehrerer Gewerbeaufsichtsämter berührt wird	StMAS
4.4.2	§ 5 Abs. 2 und 3	Entgegennahme von Anzeigen	GAA
4.4.3	§ 7 Abs. 1 Satz 1	Festsetzung der Zeit, während der an Sonntagen leicht verderbliche Waren hergestellt und ausgetragen werden dürfen	GAA
4.4.4	§ 10 Abs. 2	Zulassung von Ausnahmen in besonderen Fällen, soweit der Aufsichtsbezirk mehrerer Gewerbeaufsichtsämter berührt wird	StMAS
4.5	Verordnung zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 543/69 vom 22. August 1969 (BGBl I S. 1307, 1791), geändert durch Verordnung vom 28. Oktober 1971 (BGBl I S. 1729)		
4.5.1	§ 3 Abs. 3	Aufforderung zur Vorlage oder Einsendung der aufzubewahrenden Unterlagen	GAA
4.5.2	§ 4	Untersagung der Fortsetzung der Fahrt	Pol
4.5.3	§ 5 Abs. 2	Ausstellung einer Bescheinigung; Eintragung in das persönliche Kontrollbuch	wie Nummer 4.5.2
4.6	Fahrpersonalgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 1976 (BGBl I S. 3045)		
4.6.1	§ 4 Abs. 1	Aufsicht über die Ausführung der Verordnung (EWG) Nr. 543/69, der Verordnung zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 543/69 sowie des Gesetzes über das Fahrpersonal im Straßenverkehr und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen	GAA

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
4.7	Gesetz über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBI I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Juli 1976 (BGBI I S. 1773)		
4.7.1	§ 4 Abs. 2 Satz 1	Anordnungen der Ladenschlußzeiten für Apotheken	KV
4.7.2	§ 19 Abs. 1	Zulassung besonderer Verkaufszeiten auf Wochenmärkten	Gde
4.7.3	§ 20 Abs. 2a	Zulassung des Feilhaltens bestimmter Waren außerhalb von Verkaufsstellen während der Ladenschlußzeiten	Gde
4.7.4	§ 22 Abs. 1	Aufsicht über die Ausführung des Gesetzes und der auf Grund des Gesetzes erlassenen Vorschriften	GAA , daneben üben die Gemeinden die Aufsicht über die Durchführung der §§ 3 bis 7, des § 8 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2, der §§ 9 bis 12, 14 bis 16, 18, 20 Abs. 1 und 2 und des § 21 Abs. 1 Nr. 1 des Ladenschlußgesetzes sowie der auf Grund dieser Bestimmungen erlassenen Vorschriften aus.
4.7.5	§ 23 Abs. 1	Erteilung von Ausnahmen	StMAS
4.8	Verordnung über die Ladenschlußzeiten für Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen vom 18. Juli 1963 (BGBI I S. 501)		
4.8.1	§ 2	Zulassung von Verkaufszeiten zwischen 22.00 und 5.00 Uhr	KV
5.	Jugendarbeits- und Mutterschutzrecht		
5.1	Jugendarbeitsschutzgesetz vom 12. April 1976 (BGBI I S. 965)		
5.1.1	§ 27 Abs. 2	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen	GAA Die Verbote werden im Benehmen mit dem Jugendamt, in dessen Bezirk der Betrieb liegt, für Betriebe der Landwirtschaft auch im Benehmen mit dem für den Betrieb zuständigen Amt für Landwirtschaft erlassen.
5.1.2	§ 45 Abs. 1 Nr. 1	Entgegennahme von Aufzeichnungen über Untersuchungsbefunde	LAM

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
5.1.3	§ 51	Aufsicht über die Ausführung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen	GAA; LAM Entscheidungen nach § 27 Abs. 3, § 28 Abs. 3, § 30 Abs. 2, § 40 Abs. 2, § 42, die sich auf Betriebe der Landwirtschaft beziehen, ergehen im Benehmen mit dem für den Betrieb zuständigen Amt für Landwirtschaft.
5.1.4	§ 55 Abs. 1	Aufgaben der Obersten Landesbehörde	StMAS
5.1.5	§ 56 Abs. 3 Satz 1	Berufung eines Lehrers als Mitglied des Jugendarbeitsausschusses	StMUK
5.2	Verordnung über das Verbot der Beschäftigung von Personen unter 18 Jahren mit sittlich gefährdenden Tätigkeiten vom 3. April 1964 (BGBl I S. 262), geändert durch Gesetz vom 12. April 1976 (BGBl I S. 965)		
5.2.1		Aufsicht über die Ausführung der Verordnung	GAA; KV; Pol
5.2.2	§ 2	Bewilligung von Ausnahmen	GAA
5.3	Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz vom 2. Oktober 1961 (BGBl I S. 1789), geändert durch Verordnung vom 5. September 1968 (BGBl I S. 1013)		
5.3.1	§ 2	Ausgabe von Untersuchungsberechtigungsscheinen für a) Untersuchungen nach §§ 32 und 33 des Jugendarbeitsschutzgesetzes b) ärztliche Nachuntersuchungen nach §§ 34 und 35 des Jugendarbeitsschutzgesetzes c) ärztliche Untersuchungen nach § 42 des Jugendarbeitsschutzgesetzes	Die Schulen ; für die Ausgabe der Untersuchungsberechtigungsscheine ist diejenige Schule mit Vollzeitunterricht zuständig, die der Jugendliche vor der Aufnahme einer Beschäftigung zuletzt besucht hat/ GAA , wenn der Jugendliche keine bayerische Schule besucht hat oder aus anderen Gründen nicht im Besitz eines Untersuchungsberechtigungsscheines ist. GAA GAA
5.3.2	§ 4	Ausgabe von Untersuchungsberechtigungsscheinen für Ergänzungsuntersuchungen nach § 38 des Jugendarbeitsschutzgesetzes	Die Ärzte , die die Untersuchung fordern

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
5.4	Mutterschutzgesetz in der Fassung vom 18. April 1968 (BGBl I S. 315), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 1981 (BGBl I S. 1523)		
5.4.1	§ 9 Abs. 3	Verfahren über die Zulässigkeitserklärung einer Kündigung	
5.4.1.1		a) Entgegennahme von Anträgen	GAA
5.4.1.2		b) Entscheidung über die Zulässigkeitserklärung einer Kündigung	1. GAA München-Land für die Bezirke der GAÄ Augsburg, Landshut, München-Land und München-Stadt, 2. GAA Nürnberg für die Bezirke der GAÄ Bayreuth, Coburg, Nürnberg, Regensburg und Würzburg
5.4.2	§ 20 Abs. 1	Aufsicht über die Ausführung der Vorschriften des Mutterschutzgesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften	GAA; LAM
6.	Sonstiges Arbeitsschutzrecht		
6.1	Reichsversicherungsordnung und Verordnungen auf Grund der Reichsversicherungsordnung		
6.1.1	Reichsversicherungsordnung		
6.1.1.1	§ 719a Satz 4	Erteilung der Bescheinigung, daß der Unternehmer die gesetzlichen Pflichten erfüllt hat	GAA Die Entscheidung ergeht in Angelegenheiten, die sich auf Betriebsärzte beziehen, im Benehmen mit dem LAM.
6.1.1.2	§ 720 Abs. 4	Beteiligung bei der Ausbildung von Fachkräften für Arbeitssicherheit und Sicherheitsbeauftragten	GAA
6.1.2	Siebente Berufskrankheiten-Verordnung vom 20. Juni 1968 (BGBl I S. 721)		
6.1.2.1	§ 3 Abs. 1 Satz 2	Äußerung bei Gefahr einer Berufskrankheit	LAM
6.1.2.2	§ 5 Abs. 1	Entgegennahme einer Anzeige als für den medizinischen Arbeitsschutz zuständige Stelle	LAM
6.1.2.3	§ 7 Abs. 1 und 2	Aufgaben der für den medizinischen Arbeitsschutz zuständigen Stelle	LAM

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
6.1.2.4	§ 8 Abs. 2	Bestimmung der Stelle, an die die Gebühr zu überweisen ist	StMAS
6.2	Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973 (BGBl I S. 1885), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. April 1976 (BGBl I S. 965)		
6.2.1	§ 7 Abs. 2	Zulassung der Bestellung einer anderen Fachkraft für Arbeitssicherheit anstelle eines Sicherheitsingenieurs	GAA
6.2.2	§ 12	Anordnung von Maßnahmen	GAA Die Entscheidung ergeht in Angelegenheiten, die sich auf Betriebsärzte beziehen, im Benehmen mit dem LAM.
6.2.3	§ 13 Abs. 1 und 2	Ausübung der Auskunfts- sowie der Betretungs- und Besichtigungsrechte	GAA
6.2.4	§ 18	Gewährung von Ausnahmen	wie Nummer 6.2.2
6.3	Sicherheitsfilmgesetz vom 11. Juni 1957 (BGBl I S. 604), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl I S. 469)		
6.3.1	§ 3 Abs. 1	Anerkennung von Filmmaterial als Sicherheitsfilm	StMAS
6.3.2	§ 6 Abs. 1	Aufsicht über die Durchführung des Gesetzes und der auf ihm beruhenden Vorschriften	GAA; KV
6.3.3	§ 6 Abs. 3	Entnahme von Filmproben zum Zwecke der Untersuchung	GAA; KV
6.3.4	§ 7	Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften des § 2 Abs. 1 und 2	GAA
6.4	Arbeitsstoffrecht		
6.4.1	Chemikaliengesetz vom 16. Sept. 1980 (BGBl I S. 1718), soweit die Arbeitsstoffverordnung in Betracht kommt		
6.4.1.1	§ 21	Aufsicht über die Durchführung der Arbeitsstoffverordnung	GAA; LAM
6.4.1.2	§ 23 Abs. 1	Erlaß von Anordnungen	GAA
6.4.2	Arbeitsstoffverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Februar 1982 (BGBl I S. 144)		
6.4.2.1	§ 10	Zulassung von Ausnahmen im Einzelfall	GAA
6.4.2.2	§ 12 Abs. 2	Zulassung von Ausnahmen von Schutzvorschriften	GAA

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
6.4.2.3	§ 12 Abs. 3 Satz 2	Verlangen des Nachweises der Wirksamkeit einer Maßnahme	GAA
6.4.2.4	§ 13 Abs. 5	Zulassung von Ausnahmen von der Verpackungs- und Kennzeichnungspflicht	GAA
6.4.2.5	§ 15 Abs. 1	Anordnungen zur Durchsetzung der Pflichten aus den §§ 12 bis 14	GAA
6.4.2.6	§ 15 Abs. 2	Anordnung über die Weiterbeschäftigung	GAA
6.4.2.7	§ 16 Abs. 1 und 2	Ermächtigung von Ärzten zur Vornahme von Voruntersuchungen	LAM
6.4.2.8	§ 18	Entscheidung über die Tauglichkeit von Arbeitnehmern	GAA
6.4.2.9	§ 20	Verkürzung oder Verlängerung der Untersuchungsfristen	GAA
6.4.2.10	§ 21 Abs. 5	Entgegennahme der Mitteilung des Arbeitgebers	GAA
6.4.2.11	Anhang I Nr. 2.4.2.1 Abs. 1	Anerkennung von Prüfstellen	StMAS
6.4.2.12	Anhang I Nr. 2.4.2.1 Abs. 4	Entscheidung nach Ablehnung oder Widerruf der Erteilung des Prüfzeichens	StMAS
6.4.2.13	Anhang II Nr. 1.3 Abs. 1	Entgegennahme der Anzeige	GAA
6.4.2.14	Anhang II Nr. 1.3 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 Satz 1	Entgegennahme der Darlegung	GAA
6.4.2.15	Anhang II Nr. 1.3 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 Satz 2	Untersagung der Verwendung	GAA
6.4.2.16	Anhang II Nr. 1.3 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 Satz 1	Verlangen einer Darlegung	GAA
6.4.2.17	Anhang II Nr. 1.4.6	Anerkennung von Verfahren und Geräten	StMAS
6.4.2.18	Anhang II Nr. 7.4 Abs. 2 Satz 4	Verlangen eines Nachweises	GAA
6.4.2.19	Anhang II Nr. 8.3	Anerkennung von Verfahren zur Beurteilung der Staubverhältnisse	StMAS
6.4.2.20	Anhang II Nr. 8.4.4 Abs. 2	Anerkennung von Verfahren zur Befreiung von silikogenem Staub	StMAS
6.4.2.21	Anhang II Nr. 9.2 Abs. 1 und Nr. 11.3 Abs. 3 Nr. 1	Entgegennahme von Anzeigen	GAA
6.4.2.22	Anhang II Nr. 11.1 Abs. 6 Satz 2, Nr. 11.2 Abs. 3 Satz 4 und Nr. 11.3 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2	Behördliche Entscheidung	GAA
6.4.2.23	Anhang II Nr. 12.3.2 Abs. 2	Erteilung der Zustimmung	GAA

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
6.4.3	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe vom 8. September 1975 (BGBl I S. 2483), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. Juli 1980 (BGBl I S. 1071)		
6.4.3.1	Art. 3 Abs. 2	Verlangen von Änderungen	GAA
6.5	Gesetz über technische Arbeitsmittel (Geräte-sicherheitsgesetz) vom 24. Juni 1968 (BGBl I S. 717), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. August 1980 (BGBl I S. 1310)		
6.5.1	§§ 5, 6 und 7	Aufgaben der zuständigen Behörde	GAA
6.6	Heimarbeitsgesetz		
6.6.1	Bestimmungen über Heimarbeit in der Tabakindustrie vom 17. November 1913 (RGBl S. 751)		
6.6.1.1	§§ 11 und 12	Zulassung von Ausnahmen von § 3 Nrn. 2 und 5	GAA
6.6.1.2	§ 13	Zulassung von Ausnahmen von § 4	GAA
7.	Sprengstoffrecht		
7.1	Sprengstoffgesetz vom 13. September 1976 (BGBl I S. 2737)		
7.1.1	§ 5 Abs. 4	Zusätzliche Anforderungen im Einzelfall	GAA
7.1.2	§ 7 Abs. 1	Erteilung der Erlaubnis	GAA
7.1.3	§ 9 Abs. 1 Nr. 2	Fachkundeprüfung	GAA
7.1.4	§ 11 Satz 2	Fristverlängerung aus besonderen Gründen	GAA
7.1.5	§ 12 Abs. 1 Satz 3	Entgegennahme der Anzeige über die Fortsetzung des Betriebes	GAA
7.1.6	§ 12 Abs. 2	Untersagung der Fortsetzung des Betriebes	GAA
7.1.7	§ 14	Entgegennahme der Anzeige	GAA
7.1.8	§ 17 Abs. 1 (auch in Verbindung mit § 28)	Erteilung der Lageregenehmigung	GAA
7.1.9	§ 17 Abs. 4	Zulassung der Bauart von Bauteilen oder Systemen (Schränklager)	StMAS
7.1.10	§ 20	Ausstellung des Befähigungs-scheins	GAA

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
7.1.11	§ 21 Abs. 4 (auch in Verbindung mit § 28)	Entgegennahme der Mitteilung oder Anzeige	GAA
7.1.12	§ 22 Abs. 4 Satz 2 (auch in Verbindung mit § 28)	Erteilung von Ausnahmen	GAA
7.1.13	§ 23 (auch in Verbindung mit § 28)	Verlangen auf Vorlage von Urkunden	GAA
7.1.14	§ 26 Abs. 1 (auch in Verbindung mit § 28)	Entgegennahme der Anzeige über das Abhandenkommen von explosionsgefährlichen Stoffen	Pol Sie verständigt die sonstigen Überwachungsbehörden nach Nummer 7.1.19.
7.1.15	§ 26 Abs. 2 (auch in Verbindung mit § 28)	Entgegennahme der Anzeige über einen Sprengstoffunfall	GAA
7.1.16	§ 27 Abs. 1	Erteilung der Erlaubnis zum Erwerb, zum Umgang und zur Beförderung	KV für die Erlaubnis zum Erwerb, Aufbewahren, Verwenden, Vernichten und Befördern von Ladungspulver zum Schießen mit Böllern und Vorderladern und zum Laden von Patronenhülsen, im übrigen: GAA , Gde für die Erlaubnis zum Erwerb, Verwenden (Abbrennen) und Befördern von pyrotechnischen Gegenständen der Klasse III.
7.1.17	§ 27 Abs. 3	Fachkundeprüfung	1. GAA Nürnberg für die Bezirke der GAA Bayreuth, Coburg, Nürnberg und Würzburg, 2. GAA München-Stadt für die Bezirke der GAA Augsburg, Landshut, München-Stadt, München-Land und Regensburg
7.1.18	§ 27 Abs. 5	Zulassung von Ausnahmen im Einzelfall	GAA/ KV im Rahmen der Zuständigkeit nach Nummer 7.1.16
7.1.19	§ 30	Überwachung des Umgangs und Verkehrs	GAA , Gde in den Fällen des § 23 Abs. 1 der 1. SprengV, KV und Gde neben den GAA in den Fällen des § 27 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach Nummer 7.1.16
7.1.20	§ 30	Überwachung der Beförderung	Pol und in ihrem Zuständigkeitsbereich die in Nummer 7.1.19 genannten Behörden
7.1.21	§ 31 Abs. 1 und 2	Verlangen von Auskunft, Nachschau	wie Nummern 7.1.19 und 7.1.20
7.1.22	§ 32	Erlaß von Anordnungen	wie Nummern 7.1.19 und 7.1.20
7.1.23	§ 33	Anordnung von Beschäftigungsverboten	GAA
7.1.24	§ 35 Abs. 1	Entgegennahme der Anzeige über den Verlust von Urkunden, Verlangen der Rückgabe von Urkunden	GAA

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
7.1.25	§ 48 Satz 2	Verlangen der Änderung bereits errichteter Sprengstofflager	GAA
7.2	Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV) vom 23. November 1977 (BGBl I S. 2141), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Juli 1980 (BGBl I S. 828)		
7.2.1	§ 2 Abs. 5	Zulassung größerer Mengen im Einzelfall	GAA
7.2.2	§ 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3	Bescheinigung der Unbedenklichkeit	GAA
7.2.3	§ 11 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3	Aufsicht über die Erprobung	GAA
7.2.4	§ 11 Abs. 4	Anfertigung des Erprobungsberichtes	GAA
7.2.5	§ 19	Bewilligung von Ausnahmen	GAA
7.2.6	§ 23 Abs. 2 Satz 1	Entgegennahme der Anzeige	GAA
7.2.7	§ 23 Abs. 2 Satz 3	Verzicht auf die Einhaltung der Frist	GAA
7.2.8	§ 24 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen	GAA/ Gde , soweit es sich um Ausnahmen nach § 23 Abs. 1 im nichtgewerblichen Bereich handelt.
7.2.9	§ 24 Abs. 2 Satz 1	Anordnung von Abbrennverboten	Gde
7.2.10	§ 25 Abs. 2	Überprüfung der Ladedaten, Erteilung von Prüfzeichen	Beschußamt
7.2.11	§ 30 Abs. 1	Abnahme der Prüfung	GAA In den Fällen des § 27 Abs. 3 Satz 3 SprengG in Verbindung mit § 9 Abs. 1 SprengG wie Nummer 7.1.17
7.2.12	§ 30 Abs. 2	Abnahme der Prüfung	GAA
7.2.13	§ 31 Abs. 2, 3 und 4	Unterzeichnung der Niederschrift und des Zeugnisses, Bestimmung einer Frist	wie Nummer 7.2.11
7.2.14	§ 32 Abs. 1	Anerkennung von Lehrgängen	StMAS
7.2.15	§ 32 Abs. 5 Satz 2	Zulassung von Ausnahmen	wie Nummer 7.2.11
7.2.16	§ 33 Abs. 4	Bestimmung einer Frist	wie Nummer 7.2.14
7.2.17	§ 36 Abs. 3	Abnahme einer Prüfung	BA/ soweit sich diese Bestimmung auf § 9 Abs. 1 Nr. 1 SprengG bezieht: 1. das GAA Bayreuth für die Bezirke der GAÄ Bayreuth, Coburg, Nürnberg und Würzburg, 2. das GAA München-Land für die Bezirke der GAÄ Augsburg, Landshut, München-Stadt, München-Land und Regensburg, soweit sich diese Bestimmung auf § 27 Abs. 3 bezieht: wie Nummer 7.1.17

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Süddeutscher Verlag
 Postfach 20 22 20, 8000 München 2
 Postvertriebsstück — Gebühr bezahlt

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde/Stelle
7.2.18	§ 36 Abs. 4	Unterzeichnung der Niederschrift	wie Nummer 7.2.17
7.2.19	§ 36 Abs. 5	Unterzeichnung des Zeugnisses	wie Nummer 7.2.17
7.2.20	§ 37 Satz 1	Anerkennung von Ausbildungsplänen	OBA
7.2.21	§ 41 Abs. 4	Verlangen der Vorlage des Verzeichnisses	GAA
7.2.22	§ 41 Abs. 5 Satz 3	Entgegennahme des Verzeichnisses	GAA
7.2.23	§ 44 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen im Einzelfall	GAA
7.3	Zweite Verordnung zum Sprengstoffgesetz (2. SprengV) vom 23. November 1977 (BGBl I S. 2189, ber. 1978 S. 590)		
7.3.1	§ 3 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen	GAA
7.3.2	§ 3 Abs. 2 Satz 2	Verlangen des Nachweises	GAA
7.4	Dritte Verordnung zum Sprengstoffgesetz (3. SprengV) vom 23. Juni 1978 (BGBl I S. 783)		
7.4.1	§ 1 Abs. 1, § 2 Satz 1	Entgegennahme der Anzeige	GAA
7.4.2	§ 3 Abs. 2	Verzicht auf Erstattung der Anzeige oder Einhaltung der Frist im Einzelfall	GAA

Herausgegeben von der Bayerischen Staatskanzlei, Prinzregentenstraße 7, 8000 München 22.

Druck: Süddeutscher Verlag GmbH, Sendlinger Straße 80, 8000 München 2. Bezug nur durch den Verlag, Postfach 20 22 20, 8000 München 2, Postscheckkonto 636 11. Erscheint vierteljährlich voraussichtlich sechsmal. Bezugspreis jährlich DM 38,— (einschließlich MWSt.). Einzelnummer bis 8 Seiten DM 2,30 für je weitere 4 angefangene Seiten DM —,50, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten DM —,50 + Versand. Dieser Einzelverkaufspreis gilt auch für Gesetzblätter, die vor dem 31. Dezember 1980 ausgegeben worden sind.